

Geny Ford, der König der Automobile, besitzt in Amerika eine Fabrik, aus der in jeder halben Minute Arbeitszeit ein fertiges Automobil herauskommt. Der industrielle Mechanismus ist vollendet — aber Freude und Seligkeit der Arbeit, der schöpferische Schaffensdrang des Menschen starben dahin. Das Ried der Schaffensdrang, das einst die Arbeit munter förderete, ist verstummt. Das Ried, das heute die Maschine summt, ist zum Totenlied geworden.

Das ist das Bild aus dem hochindustriellen Amerika. Es zeigt mit wenigen dürren Worten, daß dort der Arbeiter zur Nummer geworden ist. Eigenes Denken darf er nicht mitbringen, denn für ihn denkt die Betriebsleitung; eigenen Willen darf er nicht haben, denn für ihn will die Betriebsleitung; eigenes Handeln darf er sich nicht erlauben, denn für ihn handelt die Betriebsleitung!

Aber verlassen wir Amerika, das Land des Hochindustrialismus, und gehen wir in ein Land, das eben im Begriff ist, die Industrie einzuführen: Rußland. Dort ist der kapitalistische Druck, der den Staaten des Westens ihr Gepräge gibt, nicht vorhanden; soweit privatkapitalistische Betriebe bestanden, sind sie durch die Revolution beseitigt worden. Man sollte nun meinen, daß dort die Arbeiter aus diesem Grunde zur höchsten Entfaltung ihrer Kraft kommen würden, aber das ist nicht der Fall. Doch hören wir hier einen Russen selber:

Der Zwang war die wesentlichste Ursache im ganzen Arbeitsmechanismus, und es ist kein Wunder, daß, als die Ursache aus der Volkswirtschaft entfernt wurde, die Arbeit ihre Anspannung verlor, im höchsten Grade in ihrer Produktivität fiel. Wer eben erst, und zwar im Laufe einer langen Zeit, eine große Last getragen und wenn man sie endlich von den schmerzenden Schultern nimmt, der kann nicht umhin, stehen-zubleiben, infolge der Erleichterung alle seine Glieder zu recken und zu strecken, um ihnen Ruhe zu geben, um sie in den normalen Zustand zu bringen. Das ist natürlich und unvermeidlich. Aber zu diesem Geschehen und Unvermeidlichen kommt sofort, wenigstens bei der Masse, die auf einer niedrigen Kulturstufe steht, etwas anderes, weniger Geschehliches hinzu: der Wunsch, sich der Arbeit ganz zu entziehen oder sie zu verrichten, ohne besondere Kraft und Aufmerksamkeit auf sie zu verwenden. Ist doch die Arbeit schwer, sie brüht den Menschen immer; wozu soll man sich also überanstrengen, ist es nicht besser, sie ohne besondere Anstrengung, nur zum Scheine zu verrichten?

Natürlich ist das der Wunsch, zu dem man sich nicht offen bekennen kann, aber deshalb hört er doch nicht auf, zu wirken, und namentlich unter den Massen zu wirken; denn die menschlichen Massen — das ist ja eben der menschliche Stumpf, mit seiner Trägheit, Untätigkeit, Faulheit, Verständnislosigkeit und nicht selten auch Bewußtlosigkeit.

So schreibt Professor Gredesjuf in einem Büchlein der „Meinen Bibliothek der russischen Korrespondenz“. Er teilt aber auch mit, wie Abhilfe geschaffen werden wird und sagt: „Die erste Maßnahme dazu ist die Militarisierung der Arbeit, von Trotski in Vorschlag gebracht, den übrigen leitenden Persönlichkeiten gebilligt.“ Auch wie das dann aussehen wird, sagt Professor Gredesjuf:

Der Wertigkeit wird dem Soldaten gleichgestellt. Der Soldat ist aber durchaus kein Sklave. Im Gegenteil, der Sklave kann nicht Soldat sein. Die Militärdisziplin ist rauh, oft sogar schonungslos; aber sie erniedrigt den Menschen durchaus nicht, im Gegenteil, sie erhöht ihn. Sie bedeutet, daß dem Menschen eine Pflicht auferlegt ist, die für die Gesellschaft unendlich wichtig ist. Er ist zu dieser Pflicht im Namen höherer Interessen der Gesellschaft berufen; die Pflicht ist ihm als dem Mitglied der Gesellschaft anvertraut. Von dem Gesichtspunkte dieser Pflicht sind die Befehle über und über die Befehle ausführende gleich, gleich nach ihrer Würde der dem Gemeinwohl dienenden. Mit einem Wort, von persönlichen Standpunkt kann gegen die Arbeitsdisziplin ebenjowenig eingewandt werden wie gegen die Militärdisziplin.

Natürlich bekommt der Arbeiter auch dann seine Vergütung, wenn er als „Soldat der Arbeit“ angesehen wird; aber darüber hinaus heißt es:

Wenn man von der Vergütung der Arbeit spricht, so kann man nicht umhin, auch jene ihrer Formen zu streifen, die die Mitte zwischen Selbstsucht und Selbstlosigkeit bildet. Das ist die öffentliche Auszeichnung für hervorragende, besonders eifrige, besonders geschickte, besonders aufopfernde Arbeit. Diese Form der Vergütung ist immer im Kriegsweisen angewandt worden, und sie bildet hier eine wichtige, durchaus wirksame Ursache.

Nun heißt es aber für uns zu unterscheiden! Wir haben zwei Formen vor uns, die eine aus Amerika, aus der vollentwickelten Industrie und die andere aus einem Lande mit beginnender Industrie. Hier der Arbeitszwang, durch den Mechanismus des Betriebes bedingt, dort der militärische Zwang, (der jedem Arbeiter noch in Erinnerung sein wird) geboren aus dem Umstand, daß die Arbeiter, die zur Vergütung stehen, für ihre Aufgaben nicht genügend geschult sind. Zwang das eine, Zwang das andere, trotz öffentlicher Ehrenzeichen und Orden. Da kann also nicht das liegen, was wir suchen. Unser Streben ist vielmehr auf das gerichtet, was in den Begründungsworten zum Betriebsratsgesetz gesagt worden ist:

Der Arbeiter will nicht mehr nur als Arbeiter an der Arbeitsstelle, gebunden an Arbeitsaufgaben, ohne Ausblick auf das wirtschaftliche Ganze leben und sterben; es drängt ihn über die Arbeitsstelle hinaus, das wirtschaftliche Ganze zu sehen, seine Sachkunde und Erfahrungen dafür fruchtbar zu machen und an der produktiven Entwicklung mitzuschaffen.

Ueber das Gesetz sind die Geister lange Zeit verwickelter Meinung gewesen; aber der Grund seines Entstehens ist derselbe, und dessentwillen die Arbeiter ihren Kampf führten: um Anerkennung ihres Menschseins, als mitbestimmende gleichberechtigte Mitglieder in der Wirtschaft, der gesamten Gesellschaft. Sie wollen nicht wesenlos in der großen Gesellschaft verschwinden, sondern an ihrem Teile ein Stück Verantwortung auf sich nehmen. Das angeführte Beispiel aus Rußland zeigt aber, daß alles das nicht von heute auf morgen werden kann, sondern sich entwickeln muß. Hat der Kapitalismus eine Zeit von Jahrhunderten gebraucht, um den größten Teil der Kulturböcker in seinen Bann zu schlagen und die Menschen zu Arbeitsklaven zu machen, so wird auch eine geraume Zeit darüber verstreichen, bis alle Menschen nicht nur die wirtschaftlichen Schäden des Privatkapitals erkannt haben, sondern auch danach trachten werden, ihre Gleichberechtigung, ihre Menschenwürde und Arbeitsfreiheit wieder zu erlangen. Die deutschen Bauarbeiter sind diesen Weg zur Arbeitsfreiheit entschlossen gegangen, dadurch, daß sie eigene Betriebe eröffneten, daß sie die in diesen Betrieben tätigen Bauarbeiter an ihrer Leitung und an ihrem Ausbau beteiligten und ihnen damit Arbeitsfreiheit, aber auch eigene Arbeitsverantwortung brachten.

Zum Kapitel Notstandsarbeiten.

In der vorigen Nummer des „Grundstein“ konnten wir nur kurz mitteilen, wie der Kreisrat Segeberg die Arbeiten an einem Ghauffebau kurzerhand als Notstandsarbeiten bezeichnet, zum Schaden der dabei beschäftigten Arbeiter und zum Vorzeile der reichen Grundbesitzer. Wie dem uns in dieser Angelegenheit übermittelten Bericht weiter zu entnehmen ist, hatte man schon im vorigen Winter versucht, in dieser Weise die Löhne der Bauarbeiter zu brüden; doch konnte das durch eine Rücksprache mit dem Landrat abgewendet werden. In diesem Winter ist es den Landwirten jedoch gelungen, den Kreisrat selbst vor ihren Wagen zu spannen. Denn ungeachtet dessen, daß die Arbeiter unter den Tiefbauvertrag fallen, beschloß der Kreisrat am 22. Oktober 1922, sie unter den Tarifvertrag für Landarbeiter zu stellen. Danach würden die Ghauffebauarbeiter den Landarbeiterlohn nebst einem Zuschlag von 30 % bekommen. Angehlich wollen die Urheber dieses Beschlusses verfügen, daß die Landarbeiter, angezigt durch die höheren Tiefbaulöhne, zum Ghauffebau abwandern. Dabei stellt das Arbeitsamt für diese Baustelle keine Arbeiter ein, die ihre Arbeit freiwillig ausgeben, sondern nur solche Arbeiter, die infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse arbeitslos geworden sind. Als Folgen ergeben sich nun aus der Stellungnahme des Kreisrates für die Arbeiter, daß sie nur etwa die Hälfte des ihnen zugehörigen Tariflohnes erhalten und dadurch noch mehr verelenden und daß der Unternehmer und Teilnehmer an dem Tarifvertrag für das Tiefbaugeschäft durch die Übernahmeverbindungen gezwungen wird, den von ihm unterzeichneten Tarifvertrag zu brechen. Da der eine Vertragskontrakt nicht dulden kann, daß der andere sich ohne weiteres über den Vertrag hinwegsetzt, so gefährdet auf das schwerste. Das Schlimmste aber ist, daß er einem Teil seiner Kreisangehörigen zumutet, hauptsächlich für Hungerlöhne zu arbeiten, wogegen der Unternehmer seinen Gewinn voll ausgeschüttet erhält; denn für diesen ist es ja keine „Notstandsarbeit“, sondern vielmehr ein Hauptpunkt, der ihm zu der Ausbreitung gezwungen, durch den Kreisrat sei er zum Vertragsbruch gezwungen, so sehr er dies für die Arbeiter bedauere. Die Leitung unseres Bezirksverbandes Hamburg richtet nun an den Kreisrat folgende Fragen:

Will er bei seinem Beschluß trotz der sich daraus ergebenden Folgen bleiben? — Will er dadurch den klaren Beweis erbringen, einseitig Sachwalter der schwerverdienenden Landwirte des Kreises zu sein? — Will er die notwendige Einigkeit der Kreisbeschöner und der Wirtschaftsfrieden im Baugeschäft durch solche Beschlüsse stören? — Wer von den Kreisratsabgeordneten gibt die richtige Antwort auf diese Fragen?

Ein kommunistisches Gesändnis.

„Glück auf!“ das Werbungsblatt der deutschen Union der Berg- und Hüttenarbeiter in der Tschechoslowakei, veröffentlicht in seiner Nr. 1 nach dem „Pravo Lidu“ einen Brief von dem Vorstehenden des tschechischen Bauarbeiterverbandes, namens Tetenka, der bekanntlich der kommunistischen Partei angehört, an den Parubitzer Sekretär des hiesigen Verbandes, namens Eger, der folgende Stelle enthält:

„Du darfst seit jetzt hinsichtlich Politik vernünftig genug, aber es scheint mir, daß Du Dich jetzt zu sehr einläßt. Du hast eine Konferenz hinter der andern, überall wird genug Unruhe hervorgerufen, und die Konsequenzen lassen selbstverständlich nicht auf sich warten. Es wird eine Verheerung bis zum höchsten Maße eintreten, die Arbeiterkraft wird dies und jenes fordern, und die Gewerkschaftsorganisationen werden beim besten Willen nicht imstande sein, ihnen zu entsprechen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker sind als politische Gerede. Es ist schon, wenn gegen die niedrigen Löhne aufgetrieben wird, aber ich sehe keine Macht, welche dem in der heutigen kritischen Zeit vorbeugen könnte. Erst dann, wenn die Arbeiterkraft erkannt, daß nicht einmal die ausserproportionalen kommunistischen Organisationen sie vor der Lohnherabsetzung schützen können, wird sie erköhnt, und dann werden wieder wir alles davontragen, was heute und morgen werden muß. Den von Dir gemünzten Rat, wie Du Dich verhalten sollst, kann ich Dir nicht erteilen und lasse Dir volle Freiheit. Du bist alt genug, bist Gewerkschafter so wie ich, und danach tust Du am besten, wenn Du Dich einrichtest. Der Gewerkschaftsrat schrieb und verlangte eine klare Antwort; jeder kümmert sich um die gewerkschaftlichen Organisationen und dabei helfen alle mehr oder weniger, vielsiegt auch unversucht, dieselben zu zerlegen.“

Es ist quälend für einen Menschen, der sein Leben lang zum Nutzen und Wohle der gewerkschaftlichen Organisationen und insbesondere der Bauarbeiterarbeitete. Ich kann Dir keine Antwort geben, so wie ich auch dem Gewerkschaftsrat keine Antwort geben konnte, nachdem nicht wir über alles entscheiden werden, sondern der Vorstand beschloß, einen außerordentlichen Verbandstag einuberufen.“

Also auch Kommunisten müssen „sich einrichten“ und können nur mit Wasser lachen. Einen solchen Brief sollte aber nur einmal ein nichtkommunistischer Gewerkschafter schreiben. Dann wäre das Geschrei der Kommunisten über die „Gewerkschaftsbureaucratie“ wieder einmal groß.

Arbeitsmarkt.

In Schwerin i. M. sucht die Firma Ventrup & Neßls zum 1. März einen Maurerpolier mit Eisenbetonkenntnissen.

In Weisweiler, Bezirk Düren, sucht die Firma Peter Uerg für den Bau Kaufhaus Zukunft tüchtige Ziegelmaurer, Stundenlohn 567 M, Kost und Logis an der Baustelle; bei guter Witterung während des ganzen Winters Arbeit.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Hamburg.

Am 26. Januar hat das Bezirkslohnamt in Hamburg über die Stundenlöhne entschieden und diese für das Vertragsgebiet Norden in einem zweiten Nachtrag zu dem Lohn- und Arbeitstarif vom 4. Dezember 1922 wie folgt festgesetzt:

Vom 25. bis 31. Januar:

	In Wirtschaftsgesicht							
	Groß-Hamburg		I		II		III	
	M	II	M	II	M	II	M	II
Zimmerer								
Maurer								
Zementfacharbeiter			657	681	606	581		
Einschaler								
Flechter und Bieger	750	730						
Mineure								
Steinträger								
Nachstrammer								
Bau- und Betonhilfsarbeiter			681	606	582	558		
Tiefbauarbeiter	720	701	581	538	495	495		
Schlepper								
Geschnitzel f. Maurer, Zementfacharbeiter u. Einschaler	8	7	7	6	6	6	6	6
Für Zimmerer	15	15	13	13	12	12	12	12
	Ortslohnst. I		Ortslohnst. II		Ortslohnst. III			
Maschinenist Kl. I	769		684		632			
„ Kl. II	758		664		612			
„ Kl. III	748		644		592			
Behrlinge im 1. Behrhilf.	75	73	66	63	61	58		
2. „ 3. „	113	110						
4. „ 5. „	150	146	131	126	121	116		
6. „ 7. „	188	185						
8. „ 9. „	225	219	197	189	182	174		
10. „ 11. „	300	292						
12. „ 13. „	300	292						
14. „ 15. „	450	438	329	316	303	291		
16. „ 17. „	625	611						

Vom 1. bis 28. Februar:

	M	II	M	II	M	II	M	II
Zimmerer								
Maurer								
Zementfacharbeiter			787	757	726	697		
Einschaler								
Flechter und Bieger	900	876						
Mineure								
Steinträger								
Nachstrammer								
Bau- und Betonhilfsarbeiter			756	727	697	669		
Tiefbauarbeiter	864	841	697	644	594	594		
Schlepper								
Geschnitzel f. Maurer, Zementfacharbeiter u. Einschaler	9	9	8	8	7	7		
Für Zimmerer	18	18	16	15	15	14		
	Ortslohnst. I		Ortslohnst. II		Ortslohnst. III			
Maschinenist Kl. I	920		815		753			
„ Kl. II	909		795		733			
„ Kl. III	899		775		713			
Behrlinge im 1. Behrhilf.	90	88	79	76	73	70		
2. „ 3. „	135	131						
4. „ 5. „	180	175	157	151	145	139		
6. „ 7. „	225	219						
8. „ 9. „	270	263	236	227	218	209		
10. „ 11. „	300	290						
12. „ 13. „	540	526	394	374	363	349		
14. „ 15. „	690	618						

Waggerheizer erhalten 2 M für die Stunde mehr als die Maschinenisten der Klasse III. Für die bisherigen Lohngebiete Elmhorn, Warmstedt, Horst, Uetersen, Obeslo, Meinfeld, Schwargenberg und Bargtheide ist ein Uebergangslohn festgesetzt; dieser beträgt für Zimmerer, Maurer, Zementfacharbeiter, Einschaler, Flechter und Bieger in der letzten Januarwoche 680, im Monat Februar 810 M; für Bau- und Betonhilfsarbeiter in der letzten Januarwoche 653 M, im Februar 778 M. Das Geschnitzel beträgt für Maurer, Zementfacharbeiter und Einschaler in der letzten Januarwoche 7 M, im Februar 8 M, für Zimmerer ebenso 14 und 16 M. Jugendliche Arbeiter erhalten im Alter von 16 bis 17 Jahren 90 %, im Alter von 17 bis 18 Jahren 92 1/2 %, im Alter von 18 und 19 Jahren 95 % des Lohnes erwachsener Arbeiter. Am 16. Februar wird das Bezirkslohnamt in Kiel nachprüfen, ob für die zweite Februarhälfte eine Neuregelung der Löhne erforderlich ist.

Aus den Baugewerkschaften

Göppingen. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war im Jahre 1922 jetzt rege; besonders in den Orten Göppingen, Gmünd, Weislingen und Schorndorf war sie lebhaftester als kaum jemals in der Vorkriegszeit. Den größten Anteil an den Bauten hatten die Industrie und der Wohnungsbau der Städte gemeinsam. Allerdings sind auch verschiedene private Wohnungsbauten ausgeführt worden; jedoch handelte es sich in diesen Fällen mehr um reiche Leute, die durch die landschaftliche Schönheit der Gegend angezogen, ihren Wohnsitz in Göppingen oder in der Umgegend aufschlugen. In der ersten Hälfte des Jahres machte sich der Baustoffmangel sehr bemerkbar, der zum Teil zur vorübergehenden Stilllegung von Bauten führte. Ebenfalls war Mangel an Facharbeitern, besonders Stuckateuren, der erst mit Eintritt des Herbstes etwas nachließ. Die gute Bautätigkeit kam unfern sozialen Baubetrieben zum Ausdruck, die sich durch zahlreiche ausgeführte Aufträge einen größeren Auftragsbereich sicherten und dadurch heute fest und unerzitterlich dastehen. Die Bauarbeiterführungsorgane wurden im allgemeinen eingehalten, allerdings zum Teil auch wohl nur infolge häufiger Kontrollen der Berufsvereinigungen und der Gewerbetreibenden. Wenn sich trotzdem 5 größere Bauunglücke ereigneten, so ergibt sich daraus nur von neuem die dringende Forderung an die Kollegen, alles zu tun, was zum Schutz vor Leben und Gesundheit beitragen kann. Das Vereinsleben war im Berichtsjahre auch recht lebhaft, was sich durch zahlreiche Versammlungen und Sitzungen ausdrückte. Neue Zahlstellen wurden gegründet in den Orten Wiggoldingen, Urbach und Walldorf, dagegen ging die Zahlstelle Weizheim ein. Die Mitgliederzahl stieg von 1027 im 189 auf 1216. Dem Ausbau der Fachgruppe der Bauwerkmeister und der Jugendabteilung wurde im Berichtsjahre erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, obgleich infolge der vielen Lohnbewegungen vielfach die Zeit recht knapp war. Insgesamt sind 14 Lohnbewegungen durchgeführt worden. In allen Fällen hat das Bezirkslohnamt entschieden müssen, da der Reichsvertreter der Arbeitgeber immer dafür sorgte, daß eine unmittelbare Verständigung nicht zustande kam. Die Lohngebieteinteilung sieht nun nur noch 3 Lohngruppen vor, während es früher deren 4 waren. Bei der Neueingelung kamen einige Orte von Gruppe 4 gleich in Gruppe 2. Die Löhne betragen am Jahresbeginn 10,50 bis 9,60 M für Maurer, 10,60 bis 9,70 für Stuckateure und Steinhauer, 10,20 bis 9,30 für Zementfacharbeiter und 10 bis 9,10 M für Hilfsarbeiter. Am Jahresende waren die Löhne dagegen gestiegen auf 390 bis 365 M für Maurer, 29 bis 402 für Stuckateure, 390,80 bis 380,80 für Steinhauer, 380 bis 347 für Zementfacharbeiter und 370 bis 47 M für Hilfsarbeiter. Feuerwerksmurer erhalten zum Jahresende 5%, Schornsteinmurer jeweils 10% Zuschlag. Die Entschädigung für Beurlaubung beträgt 20%

im ersten, 35 % im zweiten und 50 % des Gesellenlohnes im dritten Lehrjahre. Laut Entscheidung des Tarifamtes vom 16. Dezember 1922 wurde den Lehrlingen auch die im Reichstarifvertrag vorgegebene Ferienzeit zugesprochen. Die Vereinskasse hatte eine Einnahme von 874.490,68 M, der eine Ausgabe von 887.971,28 M gegenüberstand. Der Kassenbestand war am Jahresende 6519,40 M. Der Verein hat im abgelaufenen Jahre somit gute Fortschritte gemacht.

Konstanz. Die am 14. Januar abgehaltene Jahreshauptversammlung war überaus stark besucht; ein Beweis, daß die hiesigen Bauarbeiter ihre Verbindungsorgane ernst nehmen. Kollege Heim erstattete den Jahresbericht. Im vergangenen Jahre hatten wir eine sehr rege Bautätigkeit; doch hat sich das Los der Bauarbeiter nicht verbessert. Der steigenden Forderung mußte eine Lohnforderung nach der andern folgen, so hat sich die Arbeitgeber dem auch entgegenstellen. In einem Falle war sie erst nach einer einlängigen Arbeitsniederlegung durchzuführen. Der Bauarbeiterlohn liegt noch sehr zu wünschen übrig; das ergibt sich aus den im Laufe des Jahres eingetretenen Unfällen. Die Baulegitimierten müssen noch eifriger als bisher ihres verantwortungsvollen Amtes wachen, und alle Kollegen müssen sie darin unterstützen. An dem diesjährigen Verbandstag nahm zum ersten Male ein Vertreter aus Konstanz für das Bodenseegebiet teil. Der von ihm ins Leben gerufene Bauwerkverbund wartet noch eines besseren Ausbaues. Die Mitglieder der ihm noch fernstehenden Organisationen müssen von der Notwendigkeit des Zusammenstehens überzeugt werden. Der Vereinsvorstand hatte mit den Unternehmern eine Reihe von Einzelverträgen zu regeln. Bei einer zurecht hier beschäftigten Wanderfirma kam es zu einer Arbeitsniederlegung, die unsere Kollegen vollen Erfolg brachte. Zur Winterhilfe konnte der Vorsitzende berichten, daß sich die Konstanz Bauunternehmer den Umarmungen der Handels-, Industrie- und Arbeitnehmerverbände nicht angeschlossen haben. Alle Ansuchen sprechen wir dafür, daß wir einer solchen Zeit entgegengehen. Im so notwendig ist der Zusammenhalt und die Solidarität unter den Bauarbeitern. Nach dem Kassenbericht des Kollegen Nagel darf das Finanzwesen unserer Bauwerkverbände als gut bezeichnet werden. Die Vereinskasse weist eine Zunahme von 93.000 M auf. Der Mitgliedsbeitrag war sehr groß. Neu aufgenommen wurden im letzten Jahre 222 Mitglieder. Der starke Rückgang des Bauwertes im letzten Vierteljahr hat einen großen Teil der Mitglieder veranlaßt, in andere Berufszweige Arbeit anzunehmen. Zusammen hat die Mitgliederzahl noch um 94 zugenommen. In 10 Fällen wurde der Vorstand von auswärtigen Zahlstellen in Anspruch genommen, wobei es sich größtenteils um Lohnfreitragten handelte. Aus der Zustimmung, die diese Berichte fanden, ist zu ersehen, daß die Mitglieder mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden sind. Das kam auch in der Aussprache zum Ausdruck. Nur über die Notfälle gingen die Anführer auseinander. Entsprechend dem Revisionsbericht erhielt der Kassierer Entlohnung erteilt. Die Entschädigungsfrage wurde den Ver-

hältnissen entsprechend geregelt, und der bisherige Vorstand wiedergewählt. Als Beisitzer wurde von der Gruppe der Hilfsarbeiter Kollege Wühl gewählt, so daß alle Berufsgruppen im Vorstand vertreten sind.

Nürnberg. (Gegen die Arbeitszeiterlängerung.) In 57 Orten und Bezirken, auch durch einzelne Fachgruppen wurden im Monat Januar Versammlungen abgehalten, die sich mit den der Generalversammlung einzureichenden Anträgen beschäftigten. Außerdem nahmen die Versammlungen Stellung gegen die geplante Arbeitszeiterlängerung. Der Beschluß des Reichswirtschaftsrates hat eine gewaltige Erregung unter den Kollegen hervorgerufen, und in allen Versammlungen, die durchweg gut besucht waren, wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Bauwerkverbände des Deutschen Bauwerkverbundes hat in einer Anzahl von Bezirks- und Ortsversammlungen zu dem Beschluß des Reichswirtschaftsrates (Beziehung des Nachmittages) Stellung genommen. Die Bauarbeiter erwidern in diesem Beschluß eine ungeheuerliche Herausforderung der Arbeiterkraft und legen dagegen den härtesten Protest ein.

1. weil sich der Reichswirtschaftsrat in seinem Beschluß nicht von den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Allgemeinheit hat leiten lassen, sondern lediglich den realistischen Wünschen der Unternehmer Rechnung getragen und somit einer Handvoll Faulenzüger und Bauhoffschreuer weiteren Vorstoß leisten will;
2. weil die Bauarbeiterschaft allgemein ohnedies durch den weiten Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstelle jetzt schon 10 und mehr Stunden im Dienste der Arbeit steht und bei den teureren Lebensverhältnissen und dem niedrigen Lohn ihre Arbeitskraft nicht so erhalten kann, wie die Anforderungen dies verlangen, und somit statt Mehrarbeit alsbald Minderarbeit eintreten wird;
3. weil die Bauarbeiter durch eine Verlängerung der Arbeitszeit noch viel länger arbeitslos sein werden, als dies heute schon der Fall ist.

Aus diesen Gründen lehnen es die Bauarbeiter mit aller Entschiedenheit ab, dem Beschluß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates jetzt schon und in Zukunft nachzukommen, und verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen eine derartige Annahme aufzunehmen. Sie verpflichten sich weiter, jedes Ansuchen der Unternehmer, länger als 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich zu arbeiten, mit aller Entschiedenheit zurückzulehnen und gegen einzelne mit der härtesten Mitteln vorzugehen. Weiter verlangen die Bauarbeiter von ihren Vertretern aller Richtungen, mit aller Entschiedenheit dem Beschluß des Reichswirtschaftsrates entgegenzutreten. Unterjenseits erachten wir es als unsere Pflicht, den Arbeitnehmervertretern im Reichswirtschaftsrat nahelegen, aus dem Verhalten des Reichswirtschaftsrates die Konsequenzen zu ziehen und einer solchen Körperhaft den Rücken zu kehren.

Aus den Fachgruppen

Bau-Werkmeister.

Angestelltenversicherung und Wertmeister.
Am 1. November 1922 sind in der Angestelltenversicherung verschiedene Änderungen eingetreten, die für die Poliere und Schachtmeister von besonderer Bedeutung sind. Der § 1 des Gesetzes lautet: Für den Fall der Gewerbetätigkeit (§ 15) und des Alters sowie zugunsten der Hinterbliebenen werden Angestellte nach den Vorschriften dieses Gesetzes versichert, insbesondere: 1. Angestellte in leitender Stellung; 2. Betriebsbeamte, Wertmeister und andere Angestellte in einer ähnlichen gehobenen oder höheren Stellung" usw. Unter die Ziffer 2 (Betriebsbeamte usw.) fallen die Poliere und Schachtmeister. Wenn diese im § 1 auch nicht besonders genannt sind, so weist doch das Wort „insbesondere“ darauf hin. Im übrigen wird der Reichsminister im § 1 ermächtigt, nach Anhörung der Versicherungsanstalt und des Reichswertmeistersamts die Berufsgruppen aufzuführen. Dies ist bereits geschehen. In einem besonderen Katalog werden die Berufsleute in 7 Gruppen angeführt, die als Angestellte betrachtet werden müssen. Unter Gruppe b werden die Schachtmeister im Bergbau und unter Gruppe d die Poliere genannt. Es liegt nun ohne Zweifel fest, daß Poliere- und Schachtmeister Angestellte sind. Die Bestimmungen unserer Organisation, Poliere- und Schachtmeister als Wertmeister im Sinne der Gesetzgebung anerkannt zu sehen, haben damit zu einem Ziel geführt. Zerrig ist aber die Ansicht, daß nunmehr alle Poliere und Schachtmeister als Wertmeister oder als Betriebsbeamte gelten und für sie der § 133 a der Gewerbeordnung maßgebend sei. Die Einreihung der Poliere und Schachtmeister in die Angestelltenversicherung als Angestellte ändert an den bestehenden Voraussetzungen der Gewerbeordnung (§ 133a), die für einen Wertmeister erfüllt sein müssen, nichts. Es wird vor die nach zu bleiben, daß nur die Wertmeisterereignisse des Poliers oder Schachtmeisters durch die Art der Beschäftigung und des Dienstvertrages festgestellt werden kann.
Jene Poliere und Schachtmeister, die glauben sollten, mit dem Titel „Angestellter“ nun auch eine bevorzugte Stellung im Gewerbe erlangt zu haben, oder die erwarten sollten, die Unternehmer würden sie jetzt als etwas anderes betrachten, diese Kollegen werden sich enttäuscht sehen. Was nicht ein Titel ohne Mittel und Bedeutung? Diese werden für die Poliere und Schachtmeister selber erzingen müssen. Die Arbeitgeber werden jetzt, wo sie Poliere und Schachtmeister als Angestellte behandeln sollen, weit mehr Schwierigkeiten machen als bisher. Der Kampf mit den Arbeitgebern, den Polieren und Schachtmeistern Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren, wie sie die Gewerbeordnung für einen Wertmeister voraussetzt, wird noch viel schwieriger werden als es bisher schon war.

Feuerungs- und Schornsteinmauer. Steuerabzug und Auslösung.

Von verschiedenen Stellen wird uns berichtet, daß die Unternehmer ihre Poliere angewiesen haben, bei auswärtigen Arbeiten nicht nur vom Lohn, sondern auch von der Aufwandsentschädigung einen Steuerabzug von 10 % einzubehalten. Dazu haben wir zunächst folgendes zu bemerken. Bei den Tarifverhandlungen ist ausdrücklich festgelegt worden, daß die gezahlte Aufwandsentschädigung nur einen Teil der wirklich aufzuwendenden Ausgaben darstellt. Einmütig waren die Verhandlungsteilnehmer der Ansicht, daß die Weitrage, die den Montagearbeitern als Entschädigung für die Führung eines doppelten Haushalts gezahlt werden müssen, der Steuerpflicht nicht unterliegen dürfen. Aus diesem Grunde ist auch die Bezeichnung Auslösung umgeändert worden in das Wort: Aufwandsentschädigung. Uns liegt ein Rundschreiben der Firma Fraas & Co., Gerabach, vor, worin erklärt wird, daß das Finanzamt mitgeteilt habe, daß die Zuschläge für Werkzeuge, Kilometergelde und Auslösung steuerpflichtig seien. Wir haben uns daraufhin sofort mit der Unternehmerorganisation des Feuerungs- und Schornsteinbaues in Verbindung gesetzt, damit an zuständiger Stelle diese Frage geklärt wird. Soll von der Ansicht schon völlig unzureichenden Aufwandsentschädigung noch ein Abzug von 10 % gemacht werden, so bleibt nichts anderes übrig, als neue Forderungen an die Unternehmer zu stellen und Tarifänderungen zu beantragen.

Berlin. Dem am 21. Januar vom Kollegen Hoppe in unserer Fachgruppenversammlung erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der im verflochtenen Geschäftsjahre erneuerte Reichstarifvertrag bis zum 31. März 1924 gilt, daß seine Neuerungen sich im großen ganzen reichungslos eingeführt haben. Im November wurden die Lohnbestimmungen zugunsten der Kollegen geändert. Nach und nach haben die Unternehmer sich daran gewöhnt, den nötigen Arbeitskräfte durch den am 1. Januar 1921 im Vereinsbureau für unser Gewerbe errichteten Facharbeitsnachweis zu beziehen. Die Vermittlungstätigkeit war recht rege. Nach wie vor müssen die Kollegen auf den Baustellen darauf sehen, daß Feuerungs- und Schornsteinbauer nur durch den Nachweis eingestellt werden. Im Monat November wurde mit den Unternehmern zentral über einen zentralen Arbeitsnachweis für das Feuerungs- und Schornsteinbaugewerbe verhandelt. Dieser tritt nach Unterzeichnung der Vereinbarung in Kraft. Arbeitskräfte werden dann für ganz Deutschland von Berlin, Engelshof 24/25,

Zimmer 58, aus vermittelt. Größere Lohnsteigerungen sind der Gruppenleitung nicht zu Ohren gekommen. Kleinere Streifläge wurden durch Rückfrage mit der Unternehmerorganisation beigelegt. Der Lohn wird in unserem Verein durchweg tarifmäßig gezahlt, auch in den meisten Fabrikbetrieben. Die Mitgliederzahl der Fachgruppe hat sich durch Umlinden von Kollegen, die im Trade beschäftigt sind, auf 170 gesteigert, so daß wir im Bund wohl die größte Fachgruppe sind. Die Versammlungen waren allgemein befriedigend besucht. In der Aussprache kam die Zufriedenheit aller Kollegen mit der Tätigkeit des Vorsitzenden zum Ausdruck. An der Arbeitspreisermittlung im Schornsteinbau tatkräftig mitzuwirken, hat unsere Fachgruppe schon ausgangs Dezember beschlossen. Kollege Hoppe wurde einstimmig als Fachgruppenleiter wiedergewählt, ebenfalls die bisher in der Gruppenleitung tätig gewesenen Kollegen. Die Fachgruppenversammlungen werden auch im neuen Geschäftsjahre jeden Sonntag nach dem 15. im Monat im Saal 3 des Gewerkschaftshauses abgehalten. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, auch alle für auswärtige Firmen in Berlin auf Montage beschäftigten Kollegen möchten an diesen Fachgruppenversammlungen teilnehmen und dadurch das kollegiale Verhältnis fördern helfen. Kollegen! Wenn wir wie bisher treu und fest zusammenstehen und alle Zerplitterungsbestrebungen abwehren, dann werden wir weiter gestärkt durch die jetzige schwere Zeit hindurchkommen.

Fliesenleger.

Dresden. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich am 21. Januar mit der Fliesenlegerkonferenz. Der Fachgruppenleiter, Kollege Beyer, wies besonders hin auf die Bedeutung der Konferenz. Er dauerte aber, daß zwischen Bekanntgabe und Tagung eine zu kurze Spanne Reiz sei, die es kaum ermöglichen würde die Aufgabe der Konferenz begriffen, weil sie sicher mit der Abhaltung der Konferenz begriffen, weil sie sicher mit dazu beitragen wird, die Widerstände zu beseitigen, die heute noch im Beruf anzutreffen sind. Erwähnt wurde auch, die vorzuziehen sei, im Lohn über im Accord zu arbeiten. Die Meinungen darüber waren verschieden, obgleich mehrere Kollegen die Ansicht auftraten, bei einem guten Accordvertrag lieber im Accord arbeiten zu wollen. Der Stundenlohn beträgt zurzeit 610 M, die Accordpreise das 24fache des Grundtarifs von 1919. Auslöschung ist für Fernzone 3 Stundenlöne, für Nahezone ein Stundenlohn, die Handwerkszulage 75 M für den Tag. Besprochen wurde auch die Frage, ob die Fachgruppe der Köpfer mit der Fliesenleger zusammengelegt werden könne. Fast alle Versammlungsteilnehmer lehnten eine einheitliche Fachgruppe ab, weil die beiderseitige Arbeit doch zu verschieden sei.

Vom Bau.

Berlin. (Zu der Einsturzkatastrofe im Moskauer.) Der schon in der vorigen „Grundstein“-nummer kurz mitgeteilte Dedenzesturz, der sich am 24. Januar im Bergbau der Firma Moske ereignete, hat 13 Todesopfer gefordert. Ueber 50 Personen sollen zum Teil schwere Verletzungen davongetragen haben. Die meisten der Verunglückten sind Angehörige und Arbeiter der Firma Moske. Bauarbeiter sind nicht mitberührt. Auf dem Baue der Firma Moske ist man gegenwärtig mit einem Aufbau beschäftigt. Einmündig ist die Ursache, die den Einsturz herbeigeführt hat, noch nicht festgestellt. Inzwischen hat man die im Hofsteinaufbau hergestellten Decken zu früh ausgegipst und dazu übermäßig belastet durch Einwirkung großer Stößen und ähnlicher, zum Weiterbau benötigter Baustoffe. Wie es heißt, sollte der Beton abgebaut und anderweitig verwendet werden. Frost, dem Regen und Schnee folgten, werden ein überiges dazu beigetragen haben, den Widerstand der noch nicht vollkommen erstarrten Decken zu schwächen. So hat denn die oberste Decke dem Druck nachgegeben und im Zusammenstürzen die nächste, gleichfalls mit Baustoffen belastete Decke mitgerissen und sämtliche Stockwerke des im vollen Betrieb befindlichen Hauses bis zum Keller hinunter durchstürzen. Beauftragte unserer Berliner Vereinsleitung, die sich gleich nach Bekanntwerden des Unfalles an die Baufirma begaben, stellten bei ihrer Ankunft fest, daß der Kies nach Ausfragen dort beschäftigter Bauarbeiter nicht 35 cm hoch lagerte, wie in der Zeitung angegeben war, sondern 80 bis 100 cm hoch. Nachdem der Unfall eingetreten war, ließ die Bauleitung den in den Räumen noch lagernden Kies verteilen, so daß nunmehr der Kies nur noch 35 cm hoch lagerte. Ob die Belastung die einzige Ursache des Unfalles ist, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Aber eine vorläufige Bauleitung dürfte eine derartige starke Belastung einer neuen Decke nicht vornehmen lassen. Auf dem Bau hat übrigens eine große Antreiberei geherrscht. Mit den Unfallverhütungsvorschriften wurde es dagegen nicht sehr genau genommen. Mangelhafte Baukontrolle hat den Unfall mit verursacht. Die Anstellung von Baukontrollanten aus den Kreisen der Bauarbeiterschaft ist deshalb auch für Berlin sehr dringend. Schon vor längerer Zeit haben die Organisationen der Bauarbeiter Berlin entsprechende Forderungen an das Stadtparlament gerichtet. Jetzt haben die Arbeitervertreter an den Magistrat die Anfrage gerichtet, was er zu tun gedenke, derartige Unfälle zu verhüten und die Forderungen der Bauarbeiter zu verwirklichen. Wie dringend notwendig das ist, das hat dieser schwere Bauunfall wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit dargelegt.

Weida i. Th. (Schon wieder ein schwerer Bauunfall.) In Weida sind am 25. Januar 5 Kollegen durch einen Mauereinsturz ums Leben gekommen. Vier Kollegen waren sofort tot und einer wurde nach 8 Stunden von seinen qualvollen Verletzungen erlöst. Die Schuld an dem Unfall muß dem Arbeitgeber gemessen werden. Immer trieb er hinter den Arbeitern her; seine Arbeit ging ihm schnell genug. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet. Die Mauer war 6 m hoch und 13 m lang. Vor dieser freistehenden Mauer hatte der Arbeitgeber für das Grundmauerwerk eines Kessels eine Baugrube ausgedehnt lassen. Die hierzu erforderlichen Sprengarbeiten haben den Einsturz der Mauer und damit den Tod von 5 unserer Kollegen herbeigeführt. In diesem Bau haben Bauleitung und Bauaufsicht wieder einmal gleichschwer verjagt; denn am Fuße einer freistehenden Mauer, wozu in ihrem Fundament zum Teil bloßgelegt, Sprengarbeiten vornehmen zu lassen, ohne die Mauer vorher ordentlich abzustützen, das ist jedenfalls ein außerordentlich großer Verstoß gegen die einfachsten Bauregeln.

Soziales.

An die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkassen. Die Hauptversammlung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen, die am 14. und 15. Juni 1922 in Cassel, hat die Forderung der Versichertenvertreter auf paritätische Besetzung der Verbandsorgane — Vorstand und Ausschuß — abgelehnt, da die Interessenvertreter die Mehrzahl der Mandate innehaben. Die Versicherten erhielten nur ein Drittel der Stimmgegenstände. Die auf der Hauptversammlung amfend gewählten Versichertenvertreter haben eine Kommission, bestehend aus mehreren Berliner Kollegen (Vorstandsmitglieder von Betriebskrankenkassen) eingeleitet und sie beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen vorzubereiten oder durchzuführen, die zur Durchsetzung der Forderung auf paritätische Besetzung der Verwaltungsorgane erforderlich sind. In wenigen Monaten kommt die nächste Hauptversammlung der Spitzen-Organisation der deutschen Betriebskrankenkassen heran. Da ist es dringend erforderlich, daß in allen Teilen des Reiches die notwendige Verbindung hergestellt wird zwischen der oben genannten Kommission und den Vertretern der Versicherten in den Vorständen sämtlicher im Deutschen Reich bestehenden Betriebskrankenkassen. Wir richten deshalb an alle arbeitnehmenden Vorstandsmitglieder die dringende Bitte, ihre Adressen an die Berliner Kommission, zu Händen des Kollegen Johann Köppler, Berlin N 20, Wellermannstraße 20, 2 Treppen, einzufenden. Alle sonstigen Mitteilungen und Anfragen sind an die gleiche Stelle zu richten.

Briefkasten.

Sterbetafel. Unsere Beihilfenleiter werden gebeten, dem „Grundstein“ etwaige für die Sterbetafel bestimmte Todesfallanzeigen nur durch den Vorstand ihrer Vereins übermitteln zu wollen, damit die hohen Postkosten für doppelte Einsendungen vermieden werden; desgleichen eine Wiederholung derselben Anzeige, wenn bei-

spielsweise, wie es tatsächlich vorkommt, erst der Beihilfenleiter die Anzeige einfindet und ein oder zwei Wochen später der Vereinsvorstand noch einmal.

Eine Bitte an die Schriftführer. Unsere Schriftführer, wie alle Kollegen, die für den „Grundstein“ schreiben, werden freundlich gebeten, folgende Regeln beachten zu wollen: Das Papier darf nicht zu breit genommen werden, sonst kann der Geher schlecht damit hantieren. Etwa 12 bis 15 cm ist so die zweckmäßigste Breite. Damit das Manuskript erforderlichenfalls geschnitten werden kann, muß die Rückseite stets freibleiben. Das Papier darf deshalb immer nur auf einer Seite beschrieben werden. Für die in allen Fällen nötige Korrektur ist es sehr unzulässig, wenn das Papier zu eng beschrieben ist. Man schreibe im gewöhnlichen Zeilenabstand und nicht zu eng. Wer mit der Maschine schreibt, lasse zwischen je zwei Zeilen eine freie und wähle für das „Grundstein“-Manuskript nicht das dünne Durchschlagspapier (Seidenpapier), sondern nehme ordentliches Papier, darauf auch mit Tinte geschrieben werden kann. Ferner bitten wir unsere Schriftführer, sich beim Abfassen ihrer Berichte soviel Zeit zu lassen, alle Worte voll auszusprechen. Abfützungen werden nicht gefordert. Dagegen können sie Zeit sparen, wenn sie sich möglichst kurz fassen und auf das Wichtigste beschränken. Es ist durchaus nicht nötig, im „Grundstein“ davon Kenntnis zu geben, wie viele Versammlungen, Sitzungen usw. ein Verein im Laufe des Jahres abgehalten, wie viele Sendungen der Post ins Haus getragen hat und wie viele Sendungen durch die Vereinsleitung zur Post gegeben sind. Genauso unnötig ist es, die ganze Liste der neuerwerbenden Vorstandsmitglieder und der sonstigen Vereinsmitarbeiter anzuführen. Der Raum im „Grundstein“ ist knapp und sehr teuer. Wer sich in der angezeigten Art weise zu beschränken weiß, wird auf die Veröffentlichung seines Berichtes nicht lange zu warten brauchen.

Bekanntmachung des Vorstandes

„Töpferzeitung.“ Die in den Deutschen Bauergewerksbund eingetretenen Mitglieder des Töpferverbandes erhalten neben dem „Grundstein“ bis auf weiteres noch ihr bisheriges Verbandsorgan, die „Töpferzeitung“. Im Töpferverbande war es zuletzt üblich, daß seine Mitglieder die Zeitung bei der Post bestellten und der Postkasse die Gebühren durch ihre Filialleitungen in Rechnung stellten. In dieser Weise soll auch im Bauergewerksbunde verfahren werden. Die Regel wird sein müssen, daß die Vereinsleitung die Zeitung für die übergetretenen Mitglieder des Töpferverbandes bestellt. Soweit diese Kollegen die Zeitung auf der Post selbst bestellt haben, reichen sie die Gebührenquittungen bei ihrem Verbandsvorstande ein und erhalten dann den Betrag zurückerstattet. Selbstverständliche Voraussetzung hierfür ist, daß sie ihren Eintritt in den Deutschen Bauergewerksbund vollzogen und ihre Beitragspflichten erfüllt haben. Die Vereinsvorstände werden ersucht, der Bundeshauptkasse diese Beiträge unter Einbringung der Gebührenquittungen bei der Quartalsabrechnung anzurechnen.

Vom 21. bis 27. Januar haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gezahlt: Arentzbe 15 570 M, Amberg 49 000, Ayrnsböck 61 672, Arnberg 18 800, Aalen 44 222, Aichach 646 696, Aue 100 000, Burgau 311 714,30, Ahrbach 20 300,50, Ahrbach 19 186, Ahrbach 229 329, Brandenburg 459 557,80, Bernau 15 457,50, Bielefeld 2 016 028, Breslau 1 800 000, Bautzen 155 854, Bremerhaven 492 786, Buer in Westfalen 178 693,25, Beetzendorf 10 000, Bochum 775 742, Bodnitz 90 000, Barmen 700 000, Bremen 949 256, Braunschweig 200 000, Bitterfeld 176 287, Bries 235 718, Bonn 21 878, Belgia 25 000, Cöthen 130 000, Cöln 61 527, Galtzbe 26 074, Gerbach 43 400, Chemnitz 416 857, Crefeld 600 000, Cassel 600 000, Coblenz 571 197, Daber 29 818, Düren 8371,50, Diepholz 20 818, Düsseldorf 684 456, Dortmund 615 855,25, Danzig 1 000 000, Darmstadt 670 371, Elmshorn 40 000, Elberfeld 40 000, Erfurt 147 617, GutsMuths 60 000, Eisenach 671 398, Ebernfeld 131 244, Essen 596 715,10, Fürstentum 83 678, Freiburg i. S. 317 173, Freising 231 366, Jüchen 59 416, Kallersleben 15 000, Jülich 250 240,75, Frankfurt am Main 1 600 000, Gräfenhain 63 612, Groß-Beeren 47 784,15, Gießen 773 217,75, Gültzow 22 496,50, Göttingen 428 516, Götlich 130 000, Göttingen 15 000, Gnomau 60 000, Gütznau 100 640, Göttingen 250 000, Gummersbach 300 000, Göttingen 29 921,25, Göttingen heim 80 000, Göttingen 30 000, Göttingen 89 110, Göttingen 34 240, Göttingen 391 146,90, Gann-Winden 189 707,40, Göttingen 32 000, Gornburg a. d. E. 29 023, Hammelstall 14 413, Hof 951 069, Herzfeld 74 663, Harzfeld 16 437, Halberstadt 200 000, Heide 15 000, Halle 457 052, Hamm 300 000, Heilbronn 2 637 928, Ilmenau 157 208, Jena 53 836,85, Jüterbog 20 000, Jüterbog 1602,40, Kappeln 14 000, Königsee 64 641, Ketzin 28 797,50, Köln 2 000 000, Kellinghagen 62 476, Kilmbeck 100 000, Kreuznach 80 000, Lindau 12 131, Lübz 72 000, Rauenburg in Pommern 115 979, Ludenwalde 79 000, Randeb 22 487,50, Lüdenhagen 350 000, Rimburg 300 000, Rützingen 20 000, Ruda 32 500, Rauenburg a. d. E. 79 600, Landsberg a. d. W. 19 310,10, Meppen 50 000, Marienwalde 3500, Merseburg 855 604,50, Münster in Hannover 17 910, Mannheim 2 900 000, Milheim an der Ruhr 635 293, Münstereifel 127 783, Moritzburg 29 738,10, Neureupin 10 000, Naugard 24 000, Neustrelitz 49 815, Neurube 209 849, Nürnberg 500 000, Nijebach 20 000, Ostern 5000, Oldenburg in Holstein 83 000, Osmünde 63 219,50, Osabrück 500 000, Osterleben 150 000, Oberberg 15 000, Wöhrnd 135 044, Pegau 13 070, Passau 1 190 964,80, Plathe 42 976,90, Pforzheim 323 715,50, Pirna 980 366, Pollnow 9035, Pörsch 50 000, Pönglin 40 000,

Reiherwitz 1175, Reichenbach i. Vogtl. 80 000, Rathenow 152 747, Regenwalde 14 000, Remmersdorf 10 000, Regensburg 493 029,80, Rheine 92 857, Reudershausen 134 809, Reich 1249, Ravensburg 100 000, Regensburg 8890,50, Stargard in Mecklenburg 64 681,50, Sondershausen 90 000, Saalfeld 100 000, Saargau 40 233, Sebnitz 60 000, Sandau an der Elbe 9250, Solingen 678 000,80, Saarbrücken 500 000, Strausberg 12 193, Stadtholendorf 65 692, Sengen 29 083,90, Senftenberg 1299 161, Schopfloch 42 701,25, Schneiditz 16 768, Schleswig 194 497, Siegen 158 209, Thebinghauzen 20 811, Wittlingen 4000, Trier 100 000, Tangermünde 132 717,10, Teterow 101 004,50, Torgau 30 726,10, Todenberg 48 291, Treuenbriezen 29 035, Torgelow 26 607, Uetersen 40 000, Wiffelhöhe 5377, Wegelaf 687 054, Werben 51 129, Werben 5980, Weida 48 700, Wangerin 10 000, Worms 59 934, Wernigerode 279 554, Waldenburg in Schlesien 89 994,50, Werder 30 518,50, Werneuchen 3091, Weiden 200 000, Weimar 261 867, Waren 80 000, Wismar 50 000, Weisenburg in Bayern 50 000, Zwickau 394 200, Zerbst 64 000.

Verchiedene Schriften: Berlin 5385 M, Bielefeld 710, Breslau 2170, Frankfurt a. d. O. 705, Hamburg 185, Klein 1840, Landsberg a. d. Warthe 109, Leipzig 1616,15, Lübeck 30, Nathenow 5, Treuenbriezen 27, Zittau 945.

Kalender: Aichach 35 100 M, Amberg 13 000, Bredstedt 3640, Bernau 4000, Bielefeld 18 200, Bremerhaven 2600, Buer 65 000, Bautzen 39 000, Clausthal 9750, Darmstadt 19 500, Duisburg 39 000, Daber 2600, Diepholz 1980, Danzig 26 000, Eisenhau 10 270, Frankfurt am Main 143 000, Freiburg i. S. 19 500, Jallersleben 3900, Fürstentum 6500, Jüchen 6500, Gräfenhain 9380, Gießen 26 000, Göttingen 39 000, Hamburg 28 600, Göttingen 650, Göttingen 52 000, Hammelstall 1040, Hof 104 000, Herzfeld 2600, Halberstadt 6500, Ilmenau 3250, Jena 19 500, Kolbemoor 3900, Kappel 9360, Lübz 13 000, Lübeck 3120, Milheim 78 000, Marienwalde 6500, Münster in Hannover 5200, Nürnberg 104 000, Nordern 2210, Naugard 2210, Nijebach 3250, Pirna 32 500, Remmersdorf 7800, Reich 280, Rheine 6500, Stargard in Mecklenburg 2600, Sengen 7800, Stuttgart 3900, Stargard a. R. 1820, Todenberg 2800, Torgelow 390, Thale 19 500, Weida 1300, Wiesbaden 52 000, Zwickau 2600.

Protokolle: Aichach 1160 M, Bielefeld 7160, Bremerhaven 1160, Bautzen 260, Jüchen 820, Gießen 560, Göttingen 2160, Hof 3560, Heilbronn 1500, Jena 1080, Rauenburg an der Elbe 400, Iegnit 260, Lübeck 500, Osmünde 100, Plathe 320, Regensburg 640, Reichenbach i. Vogtl. 200, Ravensburg 500, Rheine 2560, Solingen 1000, Zittau 2660, Thale 100, Danzig, Gräfenhain, Gann-Winden, Herzfeld, Harzfeld, Halberstadt, Ketzin, Landsberg an der Warthe, Ludenwalde, Münster, Neustrelitz, Oldenburg in Holstein, Pönglin, Rathenow, Strausberg, Steinau, Stadtholendorf, Sengen, Schneiditz, Teterow, Torgau, Treuenbriezen, Todenberg, Thebinghauzen, Weimar, Zwickau je 160 M. „Grundstein“-Einsände: Aalen, Buer, Zittau je 30 M. Briefumschläge: Kilmbeck 42,50 M.

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder:
Affenstein. (Ortsvorsteher) Fr. Moschekowsky, 63 J.
Aichach. (Vorsitzender) M. Birnbeck, 41 J. alt.
Amberg. (Vorsitzender) Hr. Haunstein, 45 J.
August Schroter. Maurer, 58 Jahre alt.
Chemnitz. Gust. Scharnschmidt, 72 Jahre alt.
Danzig. Karl Nietz, 46 Jahre alt.
Darmstadt. Johannes Bentel, 60 Jahre alt.
Eisenberg. Karl Hermann Bauer, 71 Jahre alt.
Frankfurt a. M. (Vizepräsident) L. Kelm, 5, 66 J. alt.
Freiburg i. S. Rich. Kurt Härtig, Maurer, 28 J. alt.
Greifenberg. (Bahn.) Wilh. Schnabel, Maurer, 32 J.
Hamburg. Caesar Walter, Maurer, 50 Jahre alt.
Karlshöhe. (Durlach.) Lorenz Drozler, 60 J.
Kiel. (Kiel.) Joh. Müller, Maurer, 68 Jahre alt.
Köln. (Vizepräsident) Peter Parsy, 39 J. alt.
Köln. Adam Warken, Hilfsarbeiter, 62 Jahre alt.
Leipzig. Kurt Nietzold, 22 Jahre alt.
Richard Müller, 70 Jahre alt.
(Leucha.) Karl Ulrich, 62 Jahre alt.
Magdeburg. Otto Braune, Glaser, 84 Jahre alt.
Heinrich Koch, Maurer, 65 Jahre alt.
Marburg. (Vizepräsident) Heinr. Wormsbächer, 49 J.
(Gömlinden.) Conrad Weigel, Hilfsarb., 28 Jahre alt.
Neufchau. Carl Wagner, Maurer, 65 Jahre alt.
Robert Zimmermann, Maurer, 60 Jahre alt.
Nürnberg. Heinr. Messerer, Hilfsarb., 61 Jahre alt.
Georg Herzig, Hilfsarbeiter, 61 Jahre alt.
Johann Vogtmann, Hilfsarbeiter, 60 Jahre alt.
(Buch.) Friedrich Bödel, Maurer, 60 Jahre alt.
Rothenburg a. d. S. (Wartbergel.) Chr. Wolf, 67 J.
Schwierin i. M. Wilh. Spalkhaver, Erdarb., 54 J. alt.
Verban. Paul Trommer, 47 Jahre alt.
Richard Keller, 54 Jahre alt.
 Ehre ihrem Andenken!

Wilhelm König aus Knielingen, geb. 10. August 1902, Buch-Dr. 1 815 454, zuletzt in Homburg-Bochelde a. Niederrhein, wird von seinen Eltern geliebt. Zweidienliche Mitteilungen an Karl Wilhelm König, Knielingen i. Baden, Feldstr. 55.

Versammlungen.
 Heilbronn. Sonntag, den 25. Februar, vormittags 9 Uhr, im Saale des Jugendheims, Altmühlstraße: Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Bericht über den Stand der sozialen Betriebe. 3. Neue Wahlen und Wträge. Anträge müssen bis spätestens Montag, den 19. Februar, schriftlich eingereicht werden. Ohne Mitteilungsdruck kein Zutritt.

Vom 11. bis zum 17. Februar ist der 7. Beitrag fällig.